Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 15.12.2022

Anfrage Nr.: 0093/2022/FZ
Anfrage von: Stadtrat Leuzinger
Anfragedatum: 30.11.2022

Beschlusslauf

Letzte Aktualisierung: 21. Dezember 2022

Betreff:

Verstöße gegen die Plakatierungsrichtlinien

Schriftliche Frage:

Zur OB-Wahl wurden zahlreiche Plakate der verschiedenen BewerberInnen im Stadtgebiet angebracht, den größten Teil stellen dabei sicherlich Ihre Plakate.

Beim Anbringen meiner eigenen Plakate, stellte ich in sämtlichen Stadtteilen Verstöße gegen die Plakatierungsrichtlinien fest: so waren in nahezu allen Stadtteilen Plakate von Kollege Michelsburg an Zebrastreifen angebracht; quasi überall Plakate von Ihnen, Kollegen Michelsburg und von Frau MdL Bauer an öffentlichen Verkehrsschildern; zudem hingen von Bauer aber vor allem vom Ihnen an den aus Stadtpflegegründen geschützten Bereichen Universitäts- und Friedrich-Ebert-Platz zahlreiche Plakate.

Fragen:

1. Wie viele Verstöße gegen die Plakatierungsrichtlinien wurden vom Kommunalen Ordnungsdienst erfasst, falls wenige bis keine warum nicht?
2. Wie viele Verstöße die erfasst wurden, wurden angemahnt / verwarnt, wie viele (durch zum Beispiel Bußgeld oder kostenpflichtiges Entfernen) geahndet?
3. Wie wollen Sie sicher stellen, dass bei künftigen Wahlen (mit möglicherweise noch verschärften Plakatierungsrichtlinien) die Verstöße konsequent geahndet werden?
4. Warum Verstoßen Sie als Oberbürgermeister gegen Ihre eigenen Plakatierungsrichtlinien?

Antwort:

1. Aufgrund der Personalsituation bestehen für umfassende spezifische Kontrollen zur Einhaltung der Wahlplakatierungsrichtlinien keine Ressourcen. Stichprobenartig und nach Erhalt von Beschwerden beziehungsweise Hinweisen überprüft das Bürger- und Ordnungsamt selbstverständlich die Einhaltung der Wahlplakatierungsrichtlinie. Werden bei Kontrollen durch angebrachte Plakate Verkehrsgefährdungen festgestellt, wird stets unmittelbar eingeschritten. Während des Wahlkampfes kam es zu zehn Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, davon waren sechs Beschwerden sicherheitsrelevant und erforderten eine umgehende Entfernung der Plakate (Gefahr im Verzug).

2. In den sechs Beschwerdefällen, in denen Gefahr im Verzug drohte, war die Entfernung der Schilder vorrangig vor der Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens.

Bei den restlichen Fällen von Nichteinhaltung der Wahlplakatierungsrichtlinie (vier Beschwerdefälle und Stichproben durch den Kommunalen Ordnungsdienst) wurden die jeweiligen Bewerberinnen oder Bewerber kontaktiert und um Ab- beziehungsweise Umhängen der Plakate gebeten. Diese Bitte wurde umgehend umgesetzt, womit eine Ahndung vorläufig zurückgestellt werden konnte.

3. Gemäß dem Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen, der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29. September 2022 einstimmig beschlossen wurde, wird ein Arbeitskreis mit verantwortlichen Vertretern / Vertreterinnen der im Heidelberger Gemeinderat vertretenen Parteien und politischen Gruppierungen gebildet. Die Ergebnisse des Arbeitskreises müssen abgewartet werden.

4. Bei einer Vielzahl von Akteuren (Firmen, Wahlteams) kann es vorkommen, dass beim Plakatieren vereinzelt gegen die umfangreichen Auflagen der straßenrechtlichen Erlaubnis verstoßen worden ist. Bei Beschwerden wurden die Plakate sofort ab- oder umgehängt.

Sitzung des Gemeinderates vom 15.12.2022

Ergebnis: behandelt